

ANTRÄGE

1) Jugendschutzgesetz – Petition an den Landes- und Bundesgesetzgeber

GR. **Hohensinner** und GRin. **Potzinger** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

„Ziel des Jugendschutzes ist es, die Eigenverantwortung der Jugend zu fördern und zu unterstützen, die Jugend vor Gefahren und Einflüssen zu schützen, die sich nachhaltig auf die körperliche, geistige, seelische und soziale Entwicklung auswirken, die Bewusstseinsbildung der Gesellschaft für den Schutz der Jugend zu stärken und die Verantwortung der Erwachsenen zu regeln und die Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten bei der Erziehung der Jugend zu unterstützen“, so der §1 des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes.

Die Bemühungen von Minister Reinhold Mitterlehner, die neun Jugendschutzgesetze der Länder zu vereinheitlichen, ist zu begrüßen.

Bund und Länder haben sich vergangenen Freitag bei der Landesjugend-Referentenkonferenz in Dornbirn auf eine Regelung im Bereich der Alkoholika geeinigt.

Diese gemeinsame Linie gegenüber Alkoholkonsum von Minderjährigen ist sehr zu begrüßen.

Eine weitere Vereinheitlichung der Ausgehzeiten für unter 18-Jährige wurde nicht erzielt. Der kolportierte Vorschlag, die acht Bundesländer an die Wiener Regelung anzupassen (ab 16 die ganze Nacht und ab 14 bis 1 Uhr), widerspricht aus unserer Sicht grob der Zielsetzung des Jugendschutzes.

Gerade im Alter zwischen 14 und 18 Jahren ist das Risiko „abzurutschen“ groß. Das gilt speziell in Kombination mit falschen FreundInnen, Alkohol und nächtlichen Ausflügen. Die derzeit in unserem Bundesland geltenden Zeiten sind aus unserer

Sicht sehr liberal, eine weitere Aufweichung würde Eltern nicht mehr in der Erziehung unterstützen und Jugendliche gefährden sowie den Behörden das Einschreiten im Sinne des Kindeswohls erschweren.

Trotzdem wäre eine weitere Harmonisierung des gesamten Jugendschutzes sinnvoll, bei den Fortgehzeiten sollten sich aber die anderen Bundesländer an die Steiermark anpassen.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat ersucht über den Petitionsweg den Bundes- und den Landesgesetzgeber, die Harmonisierung der neun Jugendschutzgesetze weiter voranzutreiben, sich aber bei den Ausgehzeiten von Jugendlichen dringend am steiermärkischen Gesetz zu orientieren.

2) Pomeranzen - Galerie

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Eine der schönsten und ältesten Gassen unserer Stadt ist die Pomeranzengasse. Die schmale Gasse, die den Hauptplatz mit dem Färberplatz verbindet, zeichnet sich durch imposante Bögen aus. Fast jede/r GrazerIn passiert mindestens einmal in der Woche dieses Nadelöhr. Beim Durchgehen fühlt man sich ins Mittelalter zurückversetzt.

Leider nicht nur das visuelle Erleben erinnert an alte Zeiten. Leider stellt der ständige Uringeruch der Gasse eine nicht so schöne Seite der Altstadt dar. Auch die Dunkelheit und die Graffiti - Verschmutzung bringt die eigentliche Schönheit ins Wanken.

Eine von mir bereits schon 2007 geforderte Idee, aus der Pomeranzengasse eine Open-Air-Pomeranzengalerie zu etablieren, gehört gerade als City of Design rasch angegangen.

Durch eine Kooperation zwischen dem Kultur- und Straßenamt beziehungsweise den angrenzenden HauseigentümerInnen könnte mit nur geringen Mitteln ein einzigartiges Aufwertungsprojekt entstehen.

In ersten von mir geführten Gesprächen mit jungen Grazer Künstlerinnen und Künstlern wurden Ideen wie Lichtinstallationen oder große in die Wände integrierte verglaste Schaufenster geboren.

Junge KünstlerInnen könnten die Pomeranzengalerie als Ausstellungsmöglichkeit nutzen und hätten mit der extrem hohen Fußgängerfrequenz eine tolle Möglichkeit, auf ihre Werke aufmerksam zu machen. Mit einer helleren Beleuchtung in Form einer oder mehrerer Installationen würde auch als Zusatznutzen etwas für das Sicherheitsgefühl der Menschen getan werden. Durch die bessere Einsehbarkeit der Gasse würde das Urinieren und somit die vorwiegend im Sommer massive Geruchsbelästigung zurückgehen.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat ersucht die zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker und Stadtrat Mag. Edmund Müller, ein

Umsetzungskonzept zur Aufwertung der Pomeranzengasse zu entwickeln und dem Gemeinderat in der September-Sitzung vorzustellen.

3) Sensibilisierung der Dienststellen im Magistrat mit Parteienverkehr und Kundenfrequenz auf einen einfacheren Umgang mit Sehbehinderung oder Blindheit

GR. Mag. **Kowald** und GR. **Pogner** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den nächsten Monaten werden seitens der GBG in unseren Gebäuden des Magistrats Orientierungshilfen geschaffen, die die Mobilität und die das selbstständige Zurechtfinden für Sehbehinderte und Blinde wesentlich unterstützen.

Unsere für Österreich „südliche“ Mentalität hat den großen Vorteil, dass wir offen aufeinander zugehen, redselig sind, Hilfe anbieten, freundlich sind und Lösungen gemeinsam erarbeiten.

Menschliche Hilfe und Begleitung unseres Personals, in einer Stadt der Menschenwürde, erspart Zeit, ist zuverlässig und ohne Zusatzkosten leicht erbringbar.

Personalvertreter des ÖAAB und Blindenorganisationen setzen gemeinsam einen Schritt.

Jede Stelle mit Parteienverkehr und potenzieller Kundenfrequenz von Sehbehinderten oder Blinden soll den Nutzen daraus ziehen können.

Durch eine kurze Sensibilisierung aller Stellen soll gelernt werden, wie man Sehbehinderten und Blinden Hilfe anbietet, auf was man aufmerksam macht, wie

man Blinde führt und dass man bei schriftlichen Erledigungen und Begleitungen behilflich ist.

Die Angst vor einem falschen Umgang mit Sehbehinderten und Blinden kann abgebaut werden und Inklusion wird mit Leben erfüllt.

Pro Stelle sollten mehrere MitarbeiterInnen sensibilisiert werden. Dabei wäre idealerweise eine Schulungszeit von 2 Tagen mit jeweils ca. 30 Minuten vorzusehen, die in einem zeitlichen Abstand von ca. 3 Monaten zueinander stattfinden sollten.

Der Steiermärkische Blinden- und Sehbehindertenverband könnte Experten in eigener Sache für solche Sensibilisierungseinheiten z.B. in der Verwaltungsakademie oder im Media-Center anbieten.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die Magistratsdirektion Sensibilisierungstage festlegt, an denen alle Dienststellen des Magistrates mit Parteienverkehr und potenzieller Kundenfrequenz auf den richtigen Umgang mit Sehbehinderten und Blinden geschult werden.

4) „Outdoor-Laufschrift“ – ein interaktives Kommunikations-Projekt für den Augarten im Fassadenbereich des MUWA-Gebäudes

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor mehr als 10 Jahren wurde im Fassadenbereich des MUWA-Gebäudes im Augarten – im Rahmen des e.l.m.a.s. (EU-Förderprojekt für den Bezirk Jakomini)-Projektes – eine Anlage für eine „Outdoor-Laufschrift“ (ein interaktives Kommunikations-Projekt für den Augartenpark) montiert. Damalige Kostenhöhe zirka 20.000 Euro. Diese computergesteuerte „Outdoor-Laufschrift“ sollte in der Form eines weithin sichtbares und 24 Stunden täglich in Betrieb befindliches Informations- und Kommunikationssystem errichtet werden.

Mit dieser „Outdoor-Laufschrift“ sollte unter anderem auch die Möglichkeit geschaffen werden, die Besucher/innen des Augartenparks auf Initiativen (Programme, Aktionen) des Museums der Wahrnehmung (MUWA), aber auch auf Programme sowie Veranstaltungen der Projektpartner („Kino im Augarten“, „Theater am Ortweinplatz“) aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus war angedacht, dass die „Outdoor-Laufschrift“ einerseits bürgernahe Kunst- bzw. Literaturprojekte wie zum Beispiel Short Stories beziehungsweise spontane Poesie vermittelt und andererseits die übliche Plakatierung und Ausschilderung im Bereich des MUWA dadurch entbehrlich wird. Auch die Veröffentlichung bezirksrelevanter Informationen in Zusammenarbeit mit im Bezirk tätigen Einrichtungen und Organisationen war im Zuge dessen vorgesehen. Die Betriebskosten der Anlage sollten durch Sponsormittel bzw. Werbemittel, welche über die „Outdoor-Laufschrift“ hereingebracht werden, finanziert werden.

Diese Anlage mit der Möglichkeit einer computergesteuerten „Outdoor-Laufschrift“ wurde auf dem MUWA-Areal im Jahre 2001 errichtet, ohne jedoch die „Outdoor-Laufschrift“ funktionstüchtig zu übergeben. Seit einem Jahrzehnt ist die umfangreiche und über das Telefonnetz gesteuerte Leuchtschriftenanlage nicht in Betrieb.

Den Bediensteten der Stadt Graz ist es bisher nicht gelungen – nach dem Motto: jährlich versucht, aber stets misslungen – die Schrift zum Leuchten zu bringen

Somit fristet diese zirka 20.000 Euro teure Anlage im Augarten im Bereich des MUWA-Geländes seit mehr als einem Jahrzehnt ihren „Dornröschenschlaf“.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die zuständige Abteilung des Magistrates Graz beauftragen, die seit 10 Jahren stillstehende Anlage dahingehend zu adaptieren, dass entweder die „Outdoor-Laufschrift“ im Bereich des MUWA-Geländes in Betrieb genommen und entsprechend ihrer ursprünglich geplanten Funktion betrieben wird oder diese Anlage abzubauen und an einem anderen Standort aufzustellen, oder wenn dies technisch nicht möglich oder wirtschaftlich vertretbar ist, zu veräußern.

5) Stromtankstelle

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Graz entwickelt sich immer stärker zur Vorzeigestadt in Punkto Ökologie. Mit der e-mobility ist es uns gelungen, einen wichtigen Akzent in Richtung umweltverträglichem Umgang mit unseren Ressourcen zu setzen.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass wir die Bevölkerung zum Umsteigen auf Alternativen zum herkömmlichen Verbrennungsmotor bewegen können. Dem

Elektrofahrzeug wird in den nächsten Jahren ohne Zweifel eine hohe Bedeutung zukommen.

Für diesen Bereich gilt es auch, Anreize zu schaffen. Nicht Jede/rmann/-frau wird sich gleich ein Elektroauto leisten können, aber ein Elektrofahrrad wird sicherlich ein Produkt sein, über das der/die BürgerIn eher nachdenken wird. Daher ist es wichtig, diese Anreize zum Umstieg zu machen.

Eine Frage, die sich beim Betrieb eines Elektrofahrrades stellt, ist die Versorgung mit Strom. Daher wäre der richtige Anreiz für die Nutzung eines Elektrofahrrades die Möglichkeit einer Stromtankstelle vor Ort.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass im Bereich des Rathauses eine Stromtankstelle errichtet wird, um den Anreiz zum Umstieg auf das E-Bike zu schaffen.

6) Sauberer Schloßberg 2011

GR. Mag. **Titz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Schloßberg ist ein Naherholungsgebiet in der Innenstadt für ihre Bewohner und ihre Gäste.

Gerne besuchen auch Tierfreunde den Berg, viele davon in Begleitung ihrer Hunde.

Störend wird es für viele Anspruchsgruppen, wenn die Hunde frei gelassen werden. Ein ebenso jeden Frühling wiederkehrendes Thema sind Schäden durch Vandalismus in den Parkanlagen durch ungestümes Verhalten.

Deshalb stelle ich namens des VP-GR-Clubs den

A n t r a g :

Aufsichtsorgane der Stadt und des Bundes mögen sofort angewiesen werden, verstärkt Kontrollen, Abmahnungen und, wenn notwendig, Strafen durchzuführen und quartalsmäßig eine Leistungsbilanz vorzulegen.

7) Nutzung der Kanalisation für Glasfaserkabelstränge

GR. Mag. **Titz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Kanalnetz von Graz führt in jeden Haushalt der Stadt.

Die Glasfasertechnologie bewerten Experten als Kommunikationsgrundlage des 21. Jahrhunderts.

Die Durchleitung eines Glasfasernetzes durch die bestens gewarteten Kanalanlagen in Graz ergibt eine Möglichkeit, jeden Haushalt mit geringsten Kosten und optimalen Wartungsmöglichkeiten eines bestehenden Infrastruktursystems mit innovativer Technologie effizient zu koppeln.

Deshalb stelle ich namens des VP-GR-Clubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Dienststellen der Stadt mögen eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung der Kanalisation für Glasfaserkabelstränge durchführen.

8) Parkchaos am Burgfriedweg; 2,80 Meter für zwei Fahrspuren

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bewohner wie Autofahrer schäumen ob des Chaos', das sie täglich in den Straßen Am Ragnitzbach und Burgfriedweg im Bezirk Leonhard erleben. Trotz der geringen Breite dieser Straßenzüge und des dadurch nicht erlaubten Parkens werden wegen des enormen Parkdrucks in dieser Gegend diese Straßen zugeparkt. "Verleitet" werden viele dieser Falschparker aber auch dadurch, dass abschnittsweise aufgestellte Halteverbotstafeln annehmen lassen, dass in den nicht ausgewiesenen Halteverbotsbereichen das Parken erlaubt ist.

Abgesehen davon, dass wegen eines fehlenden Gehsteiges die Fußgänger zur Nutzung der Fahrspuren gezwungen werden, Liegenschaftseinfahrten verstellt sind, Zäune und Hecken durch das knappe Einparken beschädigt werden, Wirtschafts-Lkw (z.B. Winterdienst, Müllabfuhr) kaum passieren können, kommt der erlaubte Gegenverkehr durch eine vorhandene Straßenbreite von 2,80 Meter zum Erliegen.

Es geht nicht nur um die Wiederherstellung der Wohn - und Lebensqualität in diesen Straßen, sondern auch um die Frage der Sicherheit.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

dass die zuständige Abteilung im Dialog mit den Anrainern und der Bezirksvorstehung Maßnahmen zur Abstellung dieses im Motivenbericht geschilderten Missstandes setzt.

9) „Tag der offenen Tür“ in der „Auster“

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

„Auster öffne dich für alle“: Nach fast 1,5 Jahren Bauzeit wurde Anfang Februar 2011 das neue Sport- und Wellnessbad Eggenberg, auch „Auster“ genannt, eröffnet. Es handelt sich dabei um eines der modernsten und teuersten Infrastrukturprojekte der letzten Jahre in Graz (Kosten über 40 Millionen Euro) und sollte auch den Grazerinnen und Grazern näher gebracht werden. Sie durften immerhin auch einen finanziellen Beitrag leisten.

Allerdings gab es außer einer VIP-Eröffnung und einer Kinderaktion in den Semesterferien keine Möglichkeit, die „Auster“ zu „beschnuppern“ und das Bad zumindest einmal kostenlos, quasi an einem „Tag der offenen Tür“, zu besichtigen und zu benutzen.

Ich stelle daher Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

dass, sobald der Freibereich eröffnet ist, das gesamte neue Bad Eggenberg (die „Auster“) an einem Sonntag in den Sommerferien 2011 allen Grazerinnen und Grazern bei freiem Eintritt offen steht.

10) Laufzeit Atomkraftwerk Krsko

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die noch immer unbeherrschbare Katastrophe von Fukushima – ein mehrfacher Super-GAU – droht zur größten nuklearen Katastrophe der Geschichte zu werden. Die Freisetzungen von leicht flüchtigen radioaktiven Substanzen haben bereits das Ausmaß der Tschernobyl-Katastrophe überschritten. Die von der Atomlobby in den letzten Jahren heraufbeschworene Renaissance der Kernenergie hat sich damit endgültig als Irrweg erwiesen. Die Weltbevölkerung ist aufgebracht, viele Staaten ändern unter dem Eindruck der Katastrophe ihre Pläne zur Entwicklung der Atomkraft.

Aus dem bisherigen Verlauf der Katastrophe von Fukushima können bereits jetzt folgende Lehren gezogen werden:

- Die Erdbebenstärke wurde unterschätzt, die Absicherung war nicht ausreichend.
- Die als Alternative zur druckfesten Schutzhülle (Containment) angepriesenen Druckabbausysteme haben sich im Ernstfall als nicht funktionstüchtig erwiesen.
- Die Betriebszeitverlängerungen von veralteten Reaktoren haben sich als Fehler mit schwer wiegenden Folgen erwiesen.

Das sogenannte „Restrisiko“, welches von den AKW-Betreibern als eine vernachlässigbare Größe dargestellt wurde, hat sich also als eine ernstzunehmende Größe erwiesen. Die Atomkraft muss als eine mit der Erhaltung der Umwelt und der Gesundheit unverträgliche Technologie qualifiziert werden.

Für Österreich ergeben sich konkrete Ansatzpunkte, da die meisten grenznahen Reaktoren veraltet sind, über kein Containment verfügen, in erdbebengefährdeten Gebieten liegen oder sogar eine Kombination aller Risikofaktoren vereinen. Durch die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland – die Abschaltung von sieben solcher Risikoreaktoren – ergibt sich ein bedeutender Sicherheitsgewinn und gleichzeitig ein wichtiger internationaler Präzedenzfall.

Für die Steiermark ist das besonders nahe gelegene Atomkraftwerk Krško von größter Sicherheitsrelevanz. Es erscheint daher angebracht, sich auf diesen Standort zu konzentrieren. In Krško ist ein Druckwasserreaktor westlicher Konstruktion seit 1983 im kommerziellen Betrieb. Er verfügt über eine druckfeste Schutzhülle (Containment). Die elektrische Nettoleistung beträgt 633 MW, die durchschnittliche Jahresproduktion liegt bei 3.700 GWh. Diese Strommenge wird zwischen Slowenien und Kroatien je zur Hälfte aufgeteilt und trägt in beiden Ländern ca. 20% zur gesamten Stromversorgung bei.

Das Hauptproblem des AKW Krško liegt in seiner Lage in einem stark durch Erdbeben gefährdeten Gebiet. Nach den Ereignissen von Fukushima muss die Auslegung der Anlage sowie die Eignung des Standortes grundsätzlich in Frage gestellt werden. Zusätzlich besteht auch das Problem der Materialalterung. Das AKW ist bereits seit 30 Jahren in Betrieb – dies entspricht der normalen technischen Lebensdauer von AKWs. Die Betriebsgenehmigung wurde allerdings auf 40 Jahre bis zum Jahr 2023 erteilt, der Betreiber strebt sogar eine Verlängerung um weitere 20 Jahre an. Diese Betriebsdauer ist angesichts der Erfahrungen von Fukushima inakzeptabel. Das Ziel

muss daher sein, das AKW Krško möglichst rasch stillzulegen, ohne die derzeit genehmigte 40-jährige Betriebsdauer auszuschöpfen.

Anhand der obigen Zahlen ist der Bedarf von ca. 300 MW elektrische Leistung bzw. 1.850 GWh/Jahr in Slowenien und Kroatien ersichtlich. Als bester Ausweg erscheint die Errichtung von KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Koppelung) bei Ljubljana und Zagreb, die zur effizienten Fernwärmeversorgung der beiden Städte dienen würden. Durch den Ersatz von wenig umweltfreundlichen Heizungsarten wie elektrische Energie oder Kohle würden positive Umwelteffekte erreicht. Eine solche Lösung ist in kurzer Zeit realisierbar. Inklusiv Planungsphase könnten die Ersatzkapazitäten bereits Anfang 2015 zur Verfügung stehen. Die Abschaltung des AKW Krško könnte daher Ende 2014 erfolgen.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

1. Der Gemeinderat ersucht Landeshauptmann Voves, unverzüglich Gespräche mit den Regierungen von Slowenien und Kroatien mit dem Ziel aufzunehmen, dass auf die Pläne zum Bau eines neuen Reaktors in Krško sowie auf die Verlängerung der Betriebsdauer des bestehenden Blocks verzichtet und eine rasche Stilllegung des AKW Krško angestrebt wird.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung am Petitionswege zur Unterstützung der obigen Ziele auf zwischenstaatlicher Ebene auf.
3. Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, mit dem Bürgermeister von Ljubljana und dem Bürgermeister von Zagreb unverzüglich Gespräche bezüglich einer Realisierung von Ersatzkapazitäten für das AKW Krško auf der Basis von effizienten KWK-Anlagen zur umweltfreundlichen

Fernwärmeversorgung der beiden Städte aufzunehmen und ihnen die Unterstützung von betreiberunabhängigen ExpertInnen bei der Planung dieser Lösungen anbieten.

11) Überprüfung und Ergänzung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Graz im § 15 in Bezug auf die Einräumung des Rechtes einer Gebarungsprüfung durch den Stadtrechnungshof

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Freiwillige Feuerwehr Graz wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 18.09.2008 gegründet; anscheinend mit der Vorstellung, dass diese der Stadt Graz nichts oder sehr wenig kosten würde.

Im Zuge der Prüfung der Abteilung für Katastrophenschutz und der Feuerwehr Graz durch den Stadtrechnungshof sowie der anschließenden Diskussion des Prüfberichtes im Kontrollausschuss wurden auch einige Fragen die FF Graz betreffend diskutiert. Leider war es seit Dezember 2010 dem Stadtrechnungshof nicht möglich, die Gebarung der FF zu prüfen.

Herr Feuerwehrkommandant Nestler verweigerte vorerst eine umfassende Einsichtnahme durch den Stadtrechnungshof mit dem Hinweis, dass dieser nicht zur Prüfung berechtigt ist.

In einem Aktenvermerk der Präsidialabteilung (Bearbeiter: Mag. Schmalenberg) wurde dem Kontrollausschuss mitgeteilt, dass eine Kontrolle der gesamten Gebarung nur dann in der Kompetenz des Stadtrechnungshofes liegt, wenn sich die Stadt Graz eine solche Kontrolle vertraglich vorbehalten hat.

Da dieses Prüferecht in der jetzt gültigen Satzung der FF Graz nicht enthalten ist,

stelle ich im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Überprüfung und Ergänzung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Graz im § 15 in Bezug auf die Einräumung des Rechtes einer Gebarungsprüfung durch den Stadtrechnungshof zu veranlassen.

12) Öffnung der Waisenhauskerne in der Grenadiergasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Grazer Bevölkerung wenig bekannt, weil durch eine hässliche Mauer versteckt, ist das Gebäude der ehemaligen "Waisenhauskaserne", vor 200 Jahren Unterkunft der Grenadiere in der Grenadiergasse (Bezirk Gries).

Nun in Händen der Landesimmobiliengesellschaft (LIG) scheint diese Anlage kaum eine adäquate Nutzung zu erfahren.

Gerade das rechte Murofer benötigt weiteren zusätzlichen Schulraum, aber auch die kulturelle Szene (z.B. Theatergruppen) könnte hier Unterschlupf finden.

Der wunderschöne Vorplatz hat - nach Beseitigung der Begrenzungsmauer - eine bessere Nutzung denn als Autoparkplatz verdient. Hier würden sich Altstadtsschutz, Bildung und Kultur wunderbar verbinden lassen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz wird aufgefordert, umgehend mit der LIG (Landesimmobiliengesellschaft) in Verbindung zu treten, um hier eine Öffnung im Sinne der Grazerinnen und Grazer zu erreichen.

13) Internationaler Tag des Baumes

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 25. April feiern wir weltweit jedes Jahr den internationalen Tag des Baumes. An diesem Tag werden auch weltweit traditionell Baumpflanzungen durchgeführt. Der Tag des Baumes wird jedes Jahr im April mit Feierstunden begangen und soll die Bedeutung des Waldes für den Menschen und die Wirtschaft im Bewusstsein halten. Die Abteilung Grünraum leistet in der Stadt Graz sehr gute Arbeit. Gerade zu Frühlingsbeginn ist das auch deutlich zu sehen. Das gilt nicht nur für den Schloßberg oder den Stadtpark.

Trotzdem fehlen in vielen Teilen der Stadt Bänke, auf denen sich Spaziergängerinnen und Spaziergänger ausruhen können, gerade in den früheren Arbeitervierteln gibt es noch zu wenige Grünoasen für die Bevölkerung. Dabei wäre diese Forderung ganz leicht zu erfüllen.

Die KPÖ hat seinerzeit die Errichtung des Augartenstegs gefordert, um der Bevölkerung des Bezirkes Gries den Zugang zu diesem Erholungsraum zu erleichtern. Das ist zur Zufriedenheit aller nach jahrelangen Diskussionen schließlich verwirklicht

worden. Deshalb sollte die Stadt Graz auch neuen Forderungen gegenüber aufgeschlossen sein.

So trete ich auch beispielsweise für eine Baumpflanzaktion im Großraum Graz ein. Sehr viele Flächen im Grazer Stadtgebiet würden sich hervorragend dazu eignen, um frisches Grün darauf zu pflanzen. Viele kleine Grün-Oasen zum Wohlfühlen und Entspannen könnten entstehen. Heimische Bäume und Sträucher, die in den Landschafts- und Naturraum passen und mit der Umgebung harmonieren, könnten sowohl im Sommer als auch im Winter ein Wohlfühlklima im Großraum Graz schaffen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, zusammen mit der zuständigen Stadträtin für Grünraum und dem Stadtgartenamt aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe eine für Österreich beispielhafte Baumpflanzaktion im Großraum Graz anlässlich des internationalen Tag des Baumes im Monat April für jedes Jahr einzuführen. Viele kleine Grün-Oasen zum Wohlfühlen und Entspannen könnten dadurch im Sinne der GrazerInnen entstehen und sowohl im Sommer als auch im Winter ein Wohlfühlklima im Großraum Graz schaffen.

14) Absicherung der Aufstellung, Haftung und Wartung eines möglichen Generationenspielplatzes 50plus im Gesunden Bezirk Gries

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits am 20. Mai 2010 habe ich in der Gemeinderatssitzung einen Antrag betreffend die Umsetzung eines „Spielplatzes für SeniorInnen“ im Rösselmühlpark eingebracht. Dabei sollten Sportgeräte für SeniorInnen aufgestellt werden mit dem Ziel, zur Verbesserung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung beizutragen. Als Rückmeldung erhielt ich die Antwort, dass sich als möglicher Standort dafür der Bereich um das Geriatriische Zentrum besser eignen würde.

Die Bezirksrätin Inge Arzon hat in der Zwischenzeit zahlreiche Aktivitäten gesetzt und viele Interessierte für diese Idee begeistern können. Aus diesem Grund hat sie mittlerweile von den Projektverantwortlichen des Projektes „Gesunder Bezirk Gries – ein Bezirk zum Wohlfühlen“ eine Zusicherung erhalten, die Idee als Kleinprojekt „Generationenspielplatz 50plus im Gesunden Bezirk Gries“ im Rahmen dieses Projekts einreichen zu können, da noch Gelder für nachhaltige Initiativen vorhanden sind. Eine weitere Summe soll über Spendenaufrufe an Wirtschaftstreibende im Bezirk gesammelt werden.

Die Bezeichnung „Generationenspielplatz 50plus“ wurde deshalb gewählt, weil die Sportgeräte in der Nähe eines Kinderspielplatzes installiert werden sollen, um durch die Bewegungsfreude der Kinder eine Steigerung der Motivation bei den SeniorInnen zu erreichen und generationenübergreifend Spaß an der Bewegung vermitteln zu können. Die Realisierung dieser positiven Initiative ist jedoch auch davon abhängig, inwieweit die entsprechende Unterstützung insbesondere auch bei der Aufstellung, der Haftung und Wartung eines möglichen Generationenspielplatz 50plus gegeben ist.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge die Umsetzung eines Generationenspielplatzes 50plus im Bezirk Gries unterstützen und die verantwortlichen Stellen im Geschäftsbereich

Grünraum bei der Graz Holding ersuchen, die Aufstellung, Haftung und Wartung eines Generationenspielfeldes zu ermöglichen beziehungsweise zu übernehmen.

15) Gehsteigparker vor dem Postamt Puntigam in 8055 Graz

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

An oben bezeichneter Stelle ist es für viele Autofahrer mittlerweile zur schlechten Gewohnheit geworden, vor dem Postamt auf dem Gehsteig zu parken und somit den kombinierten Geh- und Radweg zu blockieren.

Gerade in der schönen Jahreszeit ist dieser Geh- und Radweg aber besonders stark frequentiert, weil zahlreiche Fußgänger den gegenüberliegenden Eissalon Temmel besuchen oder zur Bushaltestelle möchten.

Das Überqueren der Straße wird somit zu einem waghalsigen Drahtseilakt, weil zahlreiche Autofahrer im Irrglauben, sich auf einer Vorrangstraße zu befinden, mit deutlicher überhöhter Geschwindigkeit durch die Mitterstraße rasen, während durch die widerrechtlichen Gehsteigparker sowohl den Fußgängern als auch den Autofahrern die Sicht verstellt wird.

Um diese gefährliche Situation zu bereinigen, stelle ich daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden beauftragt, an der im Betreff bezeichneten Örtlichkeit nachfolgende Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls ohne Verzug umzusetzen:

1. Vor dem Postamt in der Mitterstraße in 8055 Graz werden Betonpoller montiert, um ein Verparken des kombinierten Geh- und Radweges zu verhindern.
2. Der Übergang vom Postamt zum Eissalon Temmel wird durch entsprechende Markierungen und Gebotszeichen als Fußgängerübergang ausgewiesen, um die eindeutige Bevorrangung gegenüber den Autofahrern zu verdeutlichen.

16) Zeitliche Dauer der Geschwindigkeitsbeschränkung zwischen Ragnitzstraße 55 und 75 verkürzen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zwischen den Hausnummern 55 und 75 besteht in der Ragnitzstraße eine Geschwindigkeitsbeschränkung von Mo. bis Fr. , 6:30 Uhr bis 19:30 Uhr.

Selbstverständlich ist eine solche Beschränkung während der Betriebszeiten des regionalen Kindergartens sehr zu begrüßen. Allerdings ist dieser um 19.30 Uhr schon lange geschlossen.

Ich stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht zu überprüfen, ob diese Geschwindigkeitsbeschränkung in ihrer vollen zeitlichen Länge sinnvoll ist.

17) Parkverbot Zahläckerweg

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Beginnend bei der Kreuzung Zahläckerweg/Halmweg bis zur Kreuzung Rindscheitweg befindet sich ein ca. 35 m langes Straßenstück, das regelmäßig von Fahrzeughaltern widerrechtlich verparkt wird.

Aus den örtlichen Gegebenheiten in Verbindung mit dem § 24 der STVO ergibt sich eindeutig, dass ein Halten und Parken an bezeichneter Stelle rechtswidrig wäre.

Bei entsprechenden Polizeikontrollen wurden diverse Fahrzeughalter bereits entsprechend abgestraft. Eine dauerhafte Verbesserung konnte bislang aber nicht erzielt werden.

Aus persönlicher Wahrnehmung kann ich berichten, dass eventuell benötigte Einsatzfahrzeuge diese Straße aufgrund oben genannter Missstände oftmals nicht passieren könnten. Besorgte Anrainer haben in jüngerer Vergangenheit bei den zuständigen Ämtern eine entsprechende Beschilderung urgiert. Allerdings blieben sie mit ihrem Anliegen leider erfolglos.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die Aufstellung eines Parken-verboten-Schildes in der im Betreff angeführten Straße zu prüfen und gegebenenfalls eine sofortige Durchführung zu veranlassen.

18) Autofreier Rad-/Gehweg am Neufeldweg/Köglerweg

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit dem Jahr 2009 kämpfen die Anrainer am Neufeldweg und am Köglerweg für einen autofreien Rad- bzw. Gehweg. Trotz einer entsprechenden Verordnung befahren wiederholt Autos widerrechtlich gegenständlichen Weg.

Bauliche Maßnahmen sollten hier Abhilfe schaffen. Leider wurden aber die Betonpoller solcherart aufgestellt, dass es zahlreichen Autofahrern weiterhin problemlos möglich ist, zwischen Lichtmasten und Markierungsklotz durchzufahren. Es wäre also angebracht, hierorts eine entsprechende bauliche Korrektur vorzunehmen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, an der im Betreff bezeichneten Stelle die Aufstellung weiterer Betonmarkierungen zu prüfen und in der Folge zu veranlassen, um ein widerrechtliches Befahren des Geh- und Radweges durch Kfz zu verhindern.

19) Behebung einer eklatanten Gefahrensituation am Kaiser-Franz-Josef-Kai

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Bereich des Kindergartens Schloßberg (Kaiser-Josef-Kai 60) kommt es aufgrund der mitunter prekären Parksituation immer wieder zu gefährlichen Situationen für Kinder, Eltern und Radfahrer. Aufgrund des Parkmangels werden Fahrzeuge des Öfteren auf dem Radweg bzw. vor dem Radabstellplatz geparkt, um die Kinder im Kindergarten abzuliefern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Behörden der Stadt Graz werden beauftragt, eine Verlegung des Fahrradabstellplatzes vor dem Kindergarten Schloßberg in den angrenzenden Park am Kaiser-Franz-Josef-Kai zu überprüfen und bei Möglichkeit durchzuführen, um in diesem frei werdenden Bereich eine sichere Ein- und Ausstiegsstelle für die Kinder und Besucher des städtischen Kindergartens am Kaiser-Franz-Josef-Kai 60 zu gewährleisten.

20) Aberkennung des Aufsichtsratsmandats in der Grazer Messe von Frau Hella Ranner

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Skandal um die Grazer ÖVP-Politikerin Hella Ranner hat Wellen geschlagen. Sogar die Staatsanwaltschaft Graz ermittelt wegen des Verdachts des Betruges und der Untreue.

Die damalige Nominierung der nunmehr ehemaligen Grazer EU-Mandatarin Hella Ranner ist eine typische Personalentscheidung des Grazer Bürgermeisters Siegfried Nagl.

Ranner reiht sich nahtlos in die bisherige gescheiterte Personalpolitik Nagls ein. Erfahrungen wie jene des ehemaligen EU-Politikers Reinhard Rack wurde durch Inkompetenz und Abgehobenheit ausgetauscht. Die erzwungenen Abgänge der ehemaligen Stadträte Miedl und Fluch sind auch ein schlagender Beweis für die Theorie, dass bei Nagls Personalpolitik selten etwas Gescheites nachkommt.

Das BZÖ fordert daher einen sofortigen Abzug von Ranner aus dem Aufsichtsrat der Grazer Messe. Die Messe ist das wirtschaftliche Aushängeschild von Graz. Es ist daher schlichtweg unerträglich, dass Frau Ranner eine Sekunde länger mit der Grazer Messe in Verbindung gebracht wird. Eine Ruhendstellung des Aufsichtsratsmandates reicht hier angesichts des Skandals nicht. Nagl ist gut beraten, seinen Sauhaufen bis zur nächsten Gemeinderatssitzung in Ordnung zu bringen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Frau Hella Ranner wird mit sofortiger Wirkung das Mandat der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Grazer Messe entzogen.

21) Nutzung des Stadions Graz-Liebenau (UPC-Arena) auch außerhalb der Saison

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Stadion in Graz Liebenau bietet als Veranstaltungsort Platz für über 15.000 Menschen und wird fast ausschließlich während der Fußball-Saison genutzt. Für die Stadt ist es von Vorteil, auch außerhalb der klassischen Nutzungszeiten Veranstaltungen zu forcieren. So bietet sich beispielsweise nach deutschem Vorbild die Errichtung einer Langlaufloipe für gerade jene Grazerinnen und Grazer an, die sich den teuren Wintersport sonst nicht leisten können. Außerdem wäre die Arena in diesem Zusammenhang auch als Veranstaltungsort für Biathlon-Bewerbe ideal und ließe sich demnach auch in den Wintermonaten nutzen. Zusätzlich zu Veranstaltungen dieser Art bietet sich auch die Möglichkeit, entsprechendes Rahmenprogramm zu gestalten, um eine optimale und rentable Auslastung des Standortes zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der zuständige Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg wird beauftragt, Machbarkeit und Rentabilität des im Antragstext angeführten Vorschlags zu überprüfen, um die Nutzung des Stadions Graz-Liebenau im Sinne einer besseren Auslastung zu optimieren und Veranstaltungen speziell in den Wintermonaten zu forcieren, um auch dem wirtschaftlichen Aspekt zur Haltung dieses Standortes Rechnung zu tragen.

22) Instandsetzung des Ehrengrabes von Wolfgang Bauer

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wolfgang Bauer gilt neben Thomas Bernhard und Peter Handke als einer der bedeutendsten österreichischen Dramatiker des 20. Jahrhunderts. Als äußerst erfolgreicher Lyriker, Romancier und Feuilletonist sowie Preisträger des Goldenen Ehrenzeichens der Stadt Graz hat man ihm im Mai 2007 ein Ehrengrab am Grazer Zentralfriedhof errichtet. Das Glas, welches das Grab bedeckt, wurde kürzlich beschädigt und ist zerborsten. Da Ehrengräber vom Gemeinderat der Stadt Graz vergeben werden, ist dieser folglich auch für deren Erhalt und Pflege verantwortlich.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Das Ehrengrab von Wolfgang Bauer am Grazer Zentralfriedhof wird renoviert und wieder in Stand gesetzt, ferner kommt die Stadt Graz ihrer Verantwortung zum Erhalt der von ihr vergebenen Ehrengräber nach und gewährleistet ein würdiges Erscheinungsbild dieser Gräber durch regelmäßige Pflege beziehungsweise Kontrollen.

23) Live-Übertragung der Sitzungen des Grazer Gemeinderates

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 17.2.2011 wurde der von mir angeregte und in weiterer Folge breitest unterstützte dringlicher Antrag betreffend „direkte und unmittelbare Bürgerinformation durch Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen via Internet zu unseren Bürgerinnen und Bürgern“ einstimmig angenommen.

Seit diesem Beschluss sind bereits zwei wertvolle Monate vergangen und es ist daher dringend zu hinterfragen und transparent offen darzulegen, welche Initiativen, wann und mit welchem Ergebnis bis dato zur Umsetzung des Beschlusses getätigt wurden bzw. warum eben nicht.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Bürgermeister Mag. Nagl wird aufgefordert vollinhaltlich, transparent binnen spätestens 14 Tage ab heute den Mitgliedern des Grazer Gemeinderates mitzuteilen, welche konkreten Schritte und mit welchem Erfolg er zur Umsetzung des einstimmig angenommenen dringlichen Antrages vom 17.2.2011 betreffend direkte und unmittelbare Bürgerinformation durch Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen via Internet zu unseren Bürgerinnen und Bürgern´ gesetzt bzw. eingeleitet hat und was als nächste Schritte vorgesehen sind, und bis wann die erste Liveübertragung zu erwarten ist.

Der Vorsitzende erklärt, die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R ü s c h schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rucker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüs ch

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Der Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Stefan Schneider

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb